

II-1739 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIPL.-ING. DR. FRANZ FISCHLER
BUNDESMINISTER
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

WIEN, 1991 05 25
1012, Stubenring 1

Zl.10.930/24-IA10/91

Gegenstand: Schriftl.parl.Anfr.d.Abg.z.NR Dr. Helene
Partik-Pablé, Nr. 616/J vom 28. Feber 1991
betreffend Rauchverbot in öffentlichen
Gebäuden

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz Fischer
Parlament
1017 W i e n

636/AB
1991 -04- 26
zu 616 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Partik-Pablé und Kollegen haben am 28. Feber 1991 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage mit der Nr. 616/J gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Maßnahmen zur Einführung bzw. Durchsetzung eines allgemeinen Rauchverbotes in öffentlichen Gebäuden wurden im Rahmen Ihres Ressorts bereits gesetzt ?
2. Welche Maßnahmen zum Schutze von Nichtraucherern ergreifen Sie dort, wo sich ein allgemeines Rauchverbot noch nicht durchsetzen ließ ?
3. In welcher Art und Weise erfolgt die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts, um
 - a) den Schutz der Nichtraucher vor Indoor Pollution zu verbessern,
 - b) das allgemeine Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden durchzusetzen ?"

- 2 -

Diese Anfrage beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

In der Hausordnung der Bundesbaudirektion, welche die Nutzung von Teilen des Regierungsgebäudes durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und alle damit zusammenhängenden Agenden regelt, ist weder eine Bestimmung noch eine Empfehlung betreffend eines allgemeinen Rauchverbotes enthalten. In der Zentralstelle des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft ist der Parteienverkehr derart gering, daß die Erlassung eines generellen Rauchverbotes als nicht notwendig erscheint. Im Bereich der nachgeordneten Dienststellen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gibt es ebenfalls relativ wenig bzw. überhaupt keinen Parteienverkehr. Sollte es im Einzelfall dennoch erforderlich sein, im Bereich einer nachgeordneten Dienststelle ein Rauchverbot anzuordnen, so obliegt dies dem jeweiligen Leiter.

Bei Neuunterbringung und Umsiedelungen in der Zentralleitung wird nach Tunlichkeit auf Trennung von Rauchern und Nichtraucherern geachtet. In Gemeinschafts- bzw. Funktionsräumen wie z.B. Sitzungssälen, Schulungsräumen, Terminalräumen, Leseräumen udgl. wird generell Nichtraucher empfohlen.

Der Bundesminister:

